



SPD Unterbezirk Oberhausen – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Oberhausen – FDP Kreisverband Oberhausen

# Koalitionsvertrag

zwischen SPD, GRÜNEN und FDP

2014 – 2020

## Inhaltsverzeichnis

1. Präambel .....	3
2. Finanzen .....	6
3. Arbeit und Wirtschaft.....	7
4. Bildung.....	8
5. Soziales und Familie .....	11
6. Jugend .....	12
7. Gesundheit und Verbraucher/-innenschutz.....	13
8. Stadtplanung und Wohnen .....	14
9. Stadtteil- und Quartiersentwicklung in den Bezirken .....	18
10. Verkehr .....	21
11. Energie, Klima, Umwelt, Sauberkeit und Tierschutz .....	23
12. Kultur .....	26
13. Sport .....	26
14. Ehrenamt .....	27
15. Bürgerbeteiligung .....	27
16. Inklusion, Gender, Integration und Rechtsextremismus.....	29
17. Stadtverwaltung und Beteiligungsgesellschaften.....	31

## 1. Präambel

SPD, GRÜNE und FDP vereinbaren eine verlässliche Zusammenarbeit im Rat der Stadt Oberhausen für die Wahlperiode 2014 bis 2020.

Die Koalitionsparteien wollen sich gemeinsam für das Wohl der Stadt einsetzen. Dazu legen sie folgende Schwerpunkte fest:

Das Stärkungspaktgesetz des Landes verlangt nach wie vor große Haushaltsdisziplin. Die Einhaltung des Haushaltssanierungsplanes (HSP) bleibt Dreh- und Angelpunkt aller finanzpolitischen Überlegungen. Aber es eröffnet in diesem Rahmen auch wieder Chancen zu Investitionen, zur Teilnahme an Förderprogrammen und neue Spielräume bei den freiwilligen Ausgaben.

SPD, GRÜNE und FDP sind sich einig, dass es keine weiteren Erhöhungen der Grundsteuer B und der Gewerbesteuern – über das bereits im HSP beschlossene Maß hinaus – geben soll.

Eine aktive Stadtentwicklungspolitik, insbesondere für Schlüsselimmobilien auch in Kooperation mit privaten Partnern, ist den Koalitionsparteien ein Anliegen. Die Parkraumbewirtschaftung in Oberhausen wird neu überarbeitet.

Die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an Stadtpolitik wird neu geregelt: frühzeitiger, umfassender und bürgernäher soll ein Ablaufplan sicherstellen, dass der Prozess der Beteiligung geregelt und strukturiert wird und grundsätzlich die Projekte, für alle Bürgerinnen und Bürger die betroffen sind, zugänglich und verständlich gemacht werden.

SPD, GRÜNE und FDP werden die Weiterentwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes 2020 mit einem Quartiersansatz angehen und die kleinräumige und quartiersbezogene Planung etablieren. Die Koalitionsparteien werden in Sterkrade und Osterfeld ein Zentren-Management einführen und die Strukturen in Alt-Oberhausen weiterentwickeln. Die Schaffung von barrierefreiem Wohnungsbau sowie Mehrgenerationen-Wohnen, von Wohnraum im sozialen Wohnungsbau, Stärkung der Infrastruktur und Verbesserung der Freiraumqualitäten, von bezahlbarem Wohnraum gerade auch für ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen und ein bedarfsgerechtes, gezieltes Angebote für junges Wohnen von Studierenden und Auszubildenden ist für die Koalitionsparteien von besonderer Bedeutung.

Bei der Armutsbekämpfung leisten städtische wie auch private Initiativen in Oberhausen seit vielen Jahren wertvolle Arbeit. SPD, GRÜNE und FDP sind sich einig, diese Arbeit auch weiterhin zu unterstützen. Die Angebote der Schuldner-, Arbeitslosen-, sozial- und psychosozialen Beratung sollen besser miteinander vernetzt werden, um in der täglichen Arbeit noch stärker als bisher eine Lotsenfunktion für Hilfen aus einer Hand zu übernehmen.

In einer Zeit, in der die gesellschaftliche Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderzuklaffen droht, muss Oberhausen eine soziale Stadt mit einer solidarischen Stadtgesellschaft bleiben, in der niemand abgehängt wird und jeder Hilfe und Unterstützung bekommt, der diese benötigt.

38 Klimaschutz, Klimaanpassung und Energieeinsparung sind wichtige Zukunftsaufgaben und betreffen  
39 nahezu alle Lebensbereiche. Ziele und Aufgaben finden sich für diese Querschnittsaufgabe deshalb  
40 auch in vielen Bereichen wieder. Der Vorbildfunktion der Stadt Oberhausen wird auch in diesem  
41 Zusammenhang weiter ausgebaut.

42 SPD, GRÜNE und FDP sind sich der hohen Wohn- und Freiraumqualitäten der „Parkstadt  
43 Oberhausen“ und des Volksparkgedankens bewusst und verfolgen die konzeptionelle und räumliche  
44 Weiterentwicklung.

45 Bildung verstehen SPD, GRÜNE und FDP als durchgehende Bildungskette von der frühkindlichen  
46 Bildung über das reguläre Schul- und Hochschulsystem bis hin zur Bildung und Weiterbildung im  
47 Erwachsenenalter.

48 Optimale Förderung der Bildungspotenziale bei jedem Kind ist den Koalitionsparteien ein wichtiges  
49 Anliegen. Ungeachtet der kulturellen oder sozialen Herkunft erhält jedes Kind die gleichen  
50 Bildungschancen auf jeder Begabungsebene. Ganztagsangebote an allen Schulformen sowie offene  
51 Ganztagsangebote, die an den Bedarfen von Schüler/-innen und Eltern ausgerichtet sind ohne dabei  
52 ihren Bildungsauftrag zu vernachlässigen, die Sprachförderung und der Ausbau von Familienzentren,  
53 um die Eltern stärker zu beteiligen, sollen zukünftig sicherstellen, dass jedes Kind mit guten  
54 Zukunftsperspektiven die Schule verlässt.

55 Die Koalitionsparteien wollen in Zusammenarbeit mit privaten Partnern der Oberhausener Wirtschaft  
56 die Wirtschafts- und Tourismusförderung unter einem Dach organisatorisch neu aufstellen. Neben  
57 wirtschaftlichen Impulsen sowie der Reduzierung der Kosten für Sozialleistungen durch eine  
58 Entlastung durch den Bund, sollen eigene – auch lokale Anstrengungen – für eine aktive Bekämpfung  
59 der Arbeitslosigkeit unternommen werden. Ein sog. „Dritter Arbeitsmarkt“ ist für viele  
60 Langzeitarbeitslose in der Rhein-Ruhr-Region die einzige Perspektive auf ein  
61 Beschäftigungsverhältnis.

62 SPD, GRÜNE und FDP unterstützen das Oberhausener „Bündnis gegen Rechts“ und andere  
63 Aktivitäten und Projekte der politischen Aufklärung und Bildung, denn Rechtsextremismus und  
64 Intoleranz haben in Oberhausen keinen Platz.

65 Die reichhaltigen Angebote der Oberhausener Kulturszene haben überregionale und internationale  
66 Beachtung gefunden und sind wichtige Botschafter für Oberhausen. SPD, GRÜNE und FDP werden  
67 diese in ihrer Vielfalt erhalten, absichern und – wenn möglich – ausbauen.

68 SPD, GRÜNE und FDP bekennen sich zu einer inklusiven Stadtgesellschaft. Sie betrachten Inklusion  
69 auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Die Bedarfe älterer Menschen mit und  
70 ohne Behinderung sowie von Menschen mit Migrationshintergrund sind bei Maßnahmen der  
71 kommunalen Inklusionspolitik ebenso zu berücksichtigen, wie die Aufgaben bei schulischer und  
72 vorschulischer Inklusion.

73 Unterschiedliche Lebensentwürfe sind in unserer Gesellschaft Realität. Vielfalt und Diversität sehen  
74 wir gleichzeitig als Bereicherung und politische Herausforderung. Das Ziel ist, dass kein Mensch  
75 wegen seiner sexuellen Identität benachteiligt wird oder diese gar verstecken muss.

76 Mit diesem Koalitionsvertrag haben sich SPD, GRÜNE und FDP auf die wesentlichen Ziele für die  
77 kommende Wahlperiode verständigt. Er stellt ein Arbeitspapier dar, das die Stadt für alle  
78 Oberhausener Bürgerinnen und Bürger verändern und verbessern soll.

## 2. Finanzen

79

80

81 Mit dem Stärkungspaktgesetz hat die Landesregierung den seit Jahren überfälligen Rahmen  
82 geschaffen, um den Kommunen in NRW einen Weg aus der Schuldenfalle zu weisen. Neben der  
83 externen Landeshilfe muss die Stadt Oberhausen hierzu aber auch eigene Sparanstrengungen leisten,  
84 um Haushaltsausgleich und Schuldenabbau zu bewerkstelligen. SPD, GRÜNE und FDP sprechen sich  
85 für die Fortführung der Haushaltskonsolidierung und die Umsetzung der Sanierungsplanbeschlüsse  
86 aus, um die durch das Stärkungspaktgesetz wiedererlangten Haushaltsspielräume - insbesondere im  
87 Bereich der Teilnahme an Förderprogrammen und bei den freiwilligen Ausgaben - auch für die  
88 kommende Wahlperiode zu sichern. Die Einhaltung des Haushaltssanierungsplanes (HSP) bleibt Dreh-  
89 und Angelpunkt aller finanzpolitischen Überlegungen.

90 Dabei darf es auch in Zukunft kein Kaputtsparen wichtiger städtischer Tätigkeitsfelder oder ein  
91 Zerschlagen von gewachsenen Angebotsstrukturen ohne Alternativen geben. Nach der Devise  
92 „Sparen mit Augenmaß“ sollen folgende Grundsätze beachtet werden: bei keiner Institution radikal  
93 kürzen oder sie zum langsamen Dahinsiechen verurteilen. Vielmehr sollen öffentliche Angebote,  
94 Infrastruktur und Dienstleistungen unter Berücksichtigung demografischer Entwicklungen so weit als  
95 möglich erhalten werden. Nicht vertretbar sind in diesem Zusammenhang grundsätzlich weitere  
96 Kürzungen in den Bereichen ÖPNV sowie in der Sozial-, Schul-, Kultur- und Familienpolitik, soweit sich  
97 diese im Bereich der freiwilligen Ausgaben des städtischen Haushalts bewegen. Ebenso werden  
98 betriebsbedingte Kündigungen bei der Stadt und im Konzern Stadt, sowie die Privatisierung  
99 städtischer Gesellschaften zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung ausgeschlossen.

100 SPD, GRÜNE und FDP sind sich einig, dass es keine weiteren Erhöhung der Grundsteuer B und der  
101 Gewerbesteuern - über das bereits im HSP beschlossene Maß hinaus – geben soll. Auf die Umsetzung  
102 bereits beschlossener Erhöhungen der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer soll verzichtet werden,  
103 wenn finanzielle Entlastungen des Bundes das im Rahmen des HSP ermöglichen. Darüber hinaus  
104 sollen die Auswirkungen der Anhebung der Gewerbesteuersätze auf die lokale Wirtschaft im  
105 interkommunalen Vergleich untersucht werden.

106 Im Hinblick auf die Einnahmen aus der Hundesteuer werden SPD, GRÜNE und FDP die Verwaltung  
107 mit einer Prüfung beauftragen, wie es ermöglicht werden kann, die Hundesteuer für Bezieher von  
108 Grundsicherung im Alter zu ermäßigen. Verfahrensweisen in anderen Kommunen sind hier  
109 heranzuziehen.

110 Höhere Kosten bei städtischen Angeboten und Verwaltungsdienstleistungen müssen grundsätzlich  
111 zunächst durch geeignete Maßnahmen intern ausgeglichen werden, statt eine Kostendeckung durch  
112 Anhebung der Gebühren zu gewährleisten.

113 Auch um die Ziele des Stärkungspaktgesetzes nicht zu konterkarieren, drängen SPD, GRÜNE und FDP  
114 weiterhin auf striktes Einhalten des Konnexitätsprinzips bei der Zuordnung neuer Aufgaben durch  
115 Bund, Land und Zweckverbände an die Kommunen. Das Engagement des Bündnisses „Städte raus aus  
116 den Schulden“ wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich unterstützt. Ebenso wichtig sind die  
117 dringend überfälligen Änderungen des Solidarpaktes Ost, sowie Entlastungen durch den Bund bei  
118 den von Städten und Gemeinden zu tragenden Soziallasten im Rahmen einer grundlegenden

119 Neustrukturierung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Land und Kommunen. Diese Forderungen  
120 sollen in den kommunalen Vertretungskörperschaften mit Nachdruck verfolgt werden.

121 Auch vor dem Hintergrund der wiedererlangten haushalterischen Handlungsspielräume sollen  
122 verstärkt Anstrengungen zur Beantragung und Nutzung möglicher Fördermittel von Land, Bund und  
123 EU zur Weiterentwicklung der Stadt unternommen werden. Nach einem Jahr soll hier eine  
124 Erfolgsevaluation unter personellen und inhaltlichen Gesichtspunkten erfolgen, die auch einen  
125 interkommunalen Vergleich auf diesem Gebiet mit umfasst.

126 Ebenfalls evaluiert werden sollen die bereits stattgefundenen Wirtschaftlichkeitsüberprüfungen  
127 hinsichtlich ihrer Umsetzung und ihres Erfolges. Auf die noch nicht überprüften städtischen  
128 Verwaltungsbereiche soll eine Wirtschaftlichkeitsüberprüfung ausgedehnt werden. Hierbei soll auch  
129 untersucht werden, welche Effekte und Perspektiven eine (Teil)Re-Kommunalisierung der OGM -  
130 insbesondere in Bezug auf steuerliche Aspekte - hätte.

### 131 3. Arbeit und Wirtschaft

132

133 SPD, GRÜNE und FDP wollen eine aktive Förderung der bestehenden Unternehmensvielfalt in  
134 Oberhausen. Hierzu bedarf es leistungsfähiger Infrastrukturen ebenso wie einer breit und modern  
135 aufgestellten Wirtschaftsförderung für die Stadt. Die Rahmenbedingungen und  
136 Unterstützungsangebote für Unternehmen sollen dahingehend weiter verbessert werden. Zu einer  
137 zeitgemäßen Wirtschaftsförderung gehört für die Koalitionsparteien ein stärkeres  
138 städteübergreifendes Denken und Handeln bei der Ausweisung von Gewerbeflächen, dem Aufstellen  
139 von Imagekampagnen und bei Auftritten der Region als einheitliche Wirtschaftsmetropole. Hierzu  
140 kann auch eine gemeinsame Aufgabenerledigung bei internen Verwaltungsaufgaben, bei den  
141 Verkehrsgesellschaften oder bei der Organisierung des städteübergreifenden ÖPNV gehören.

142 Die Koalitionsparteien wollen hierzu in Zusammenarbeit mit privaten Partnern der Oberhausener  
143 Wirtschaft die Wirtschafts- und Tourismusförderung unter einem Dach organisatorisch neu aufstellen  
144 und mit einer angemessenen Personalausstattung versehen. Hierfür ist auch eine Neujustierung der  
145 Ziele der Gesellschaft gemäß des Ratsbeschlusses zur Wirtschaftsförderung erforderlich. Eine neu  
146 ausgerichtete Wirtschaftsförderung muss in diesem Zusammenhang vor allem einen besonderen  
147 Akzent auf die Unterstützung mittelständischer Unternehmen, Handwerksunternehmen und  
148 Existenzgründungen legen.

149 Neben der Neuausweisung von Gewerbeflächen soll künftig im Rahmen der  
150 Gewerbeflächenentwicklung die Aktivierung untergenutzter Flächen, die Ertüchtigung bestehender  
151 Gewerbegebiete unter Berücksichtigung ökologischer Standards, die Einrichtung von Gewerbehöfen  
152 und ein konsequentes Flächenrecycling als zweite Säule treten.

153 Neben wirtschaftlichen Impulsen, die zu einer Einnahmeverbesserung für den städtischen Haushalt  
154 führen würden, sowie der Reduzierung der Kosten für Sozialleistungen durch eine Entlastung durch  
155 den Bund, sollen eigene – auch lokale Anstrengungen – für eine aktive Bekämpfung der  
156 Arbeitslosigkeit unternommen werden, die sich positiv auf die Ausgabenseite für Sozialleistungen  
157 auswirken werden. Ein sog. „Dritter Arbeitsmarkt“ ist für viele Langzeitarbeitslose in der Rhein-Ruhr-

158 Region die einzige Perspektive auf ein Beschäftigungsverhältnis. SPD, GRÜNE und FDP können sich  
159 hierbei eine Ausdehnung der kommunal geförderten Arbeitsplätze auf die städtischen  
160 Tochtergesellschaften vorstellen. Eine zahlenmäßige Konkretisierung, sowie eine belastbare Zeit-Ziel-  
161 Planung ist hier ebenso erforderlich wie die Prüfung, an welcher Stelle des Konzerns Stadt die  
162 Koordinierung dieser Arbeitsplätze erfolgen soll. Nicht ausgeschlossen wäre auch eine Reaktivierung  
163 der BFO.

164 Alle Initiativen und Förderprogramme müssen dabei die Stärken des Wirtschafts- und  
165 Dienstleistungsstandorts Oberhausen beachten, die auf den Märkten Freizeit, Handel, Immobilien,  
166 Wohnen, Industrie, unternehmensnahe Leistungen, Gesundheit liegen. Darüber hinaus soll mit der  
167 Förderung studentischen Wohnens in Oberhausen versucht werden, nach Maßgabe der Bedarfslage  
168 ein neues Segment zu erschließen.

169 Unter dem Gesichtspunkt, Oberhausener Stärken zu sichern und eine Weiterentwicklung zu  
170 ermöglichen, wollen die Koalitionsparteien die Sicherung der Freizeitwirtschaft in der Neuen Mitte,  
171 plus ergänzende Angebote, wie eine Ausweitung der Hotelangebote am Ort. Die drei Stadtteilzentren  
172 müssen sich, unterstützt durch ein Stadtzentrenmanagement für jeden der drei Bezirke, zeitgemäß  
173 weiterentwickeln, ohne ihre Identität aufzugeben. Stadtentwicklungsprojekte können hier  
174 strategische Impulse geben, sollen aber stets privaten Partnern eine Mitwirkung oder Umsetzung  
175 ermöglichen. Mittels eines integrierten Handlungskonzeptes soll die Deckung des Fachkräftebedarfs  
176 in Oberhausen auch mittelfristig sichergestellt werden. Hierzu soll auch die Unterstützung von örtlich  
177 ansässigen Qualifizierungsträgern fortgeführt werden, ebenso wie die Angebote öffentlicher  
178 Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung.

179 Auch in Zukunft soll bei städtischen Auftragsvergaben die örtliche und regionale Wirtschaft sowie das  
180 Handwerk eine angemessene Berücksichtigung finden. SPD, GRÜNE und FDP setzen sich dafür ein,  
181 dass soziale und ökologische Kriterien dabei besondere Beachtung finden. Die Einführung eines  
182 nachhaltigen und ökologischen Beschaffungswesens bei der Stadt und ihren Töchtern wird bis  
183 spätestens Ende 2015 angestrebt. Alle Maßgaben stehen dabei selbstredend unter dem Vorbehalt  
184 des öffentlichen Vergaberechts. Der Agenda 21-Prozess und der Ausbau des Fair-Trade-Angebots  
185 sollen weiter vorangetrieben werden.

186 Bei den verkaufsoffenen Sonntagen soll bei der Anzahl im Stadtgebiet der Status Quo beibehalten  
187 werden. Dies dient dem Schutz der Freizeit von Familien mit Angehörigen im Einzelhandel.

## 188 4. Bildung

189

190 Unter „Bildung“ verstehen die Koalitionsparteien durchgehende Bildungsketten von der  
191 frühkindlichen Bildung (U3 und Ü3) über das reguläre Schul- und Hochschulsystem bis hin zur Bildung  
192 und Weiterbildung im Erwachsenenalter (lebenslanges/lebensbegleitendes Lernen).

193 Unter der Prämisse, dass kein Kind zurückgelassen werden darf, wollen SPD, GRÜNE und FDP die  
194 optimale Förderung der Bildungspotenziale eines jeden Kindes – unabhängig von seiner kulturellen  
195 oder sozialen Herkunft – unterstützen. Das Ziel der gleichen Chancen für jedes Kind bedeutet dabei  
196 keine Gleichmacherei, sondern die individuelle Förderung sämtlicher Begabungsebenen.



197 Zur Vermeidung von „Sitzenbleiben“ und verzichtbaren Schulwechslern wollen SPD, GRÜNE und FDP  
198 den Aufbau und die Unterstützung von Präventionsketten durch eine enge Verzahnung von Schule,  
199 Elternhaus und Jugendhilfe fördern.

200 Deshalb setzen SPD, GRÜNE und FDP sich für die Fortführung der Schulsozialarbeit ein und fordern  
201 die dazu notwendige finanzielle Absicherung aus Bundesmitteln. Von der Fachverwaltung erwarten  
202 SPD, GRÜNE und FDP ein neues Konzept der Schulsozialarbeit mit dem Ziel einer verbesserten  
203 Vernetzung mit der Jugendhilfe vor Ort.

204 Im Bereich der Kindertagesstätten setzen sich die Koalitionsparteien für ein bedarfsgerechtes  
205 Angebot für die U3- und Ü3-Nachfrage ein. Zur Vermeidung von Mehrfachanmeldungen und zur  
206 Verbesserung des Anmeldeverfahrens ist die Einführung eines „KiTa-Navigators“ zu prüfen. Die  
207 Einrichtung zusätzlicher Familienzentren in den Stadtteilen mit besonderen Bedarfssituationen  
208 halten SPD, GRÜNE und FDP für erforderlich.

209 Trotz sinkender Zahlen von Schülerinnen und Schülern soll im Grundschulbereich ein möglichst  
210 wohnungsnahes Angebot aufrechterhalten werden.

211 SPD, GRÜNE und FDP stehen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und setzen sich für eine  
212 flexible, familienfreundliche und bildungspolitisch vertretbare Gestaltung der Abholzeiten im  
213 Offenen Ganztags ein.

214 Darüber hinaus halten SPD, GRÜNE und FDP eine Verbesserung der Angebotsstruktur im Offenen  
215 Ganztags für erforderlich. Dies beinhaltet sowohl die Quantität und Qualität der personellen  
216 Ausstattung, als auch die inhaltliche und pädagogische Verknüpfung mit dem „reinen“  
217 Unterrichtsangebot.

218 Ganztagsangebote wollen SPD, GRÜNE und FDP an allen Schulformen ausbauen. Voraussetzung dafür  
219 ist die Einrichtung entsprechender Räumlichkeiten. Die Pläne der Fachverwaltung, Unterrichtsräume  
220 durch geeignete Möblierung multifunktional zu nutzen, werden unterstützt.

221 Eine besondere Bedeutung für die Ganztagsbeschulung hat die Versorgung mit einem gesunden und  
222 für alle Kinder bezahlbaren Mittagessensangebot. Die Fachverwaltung wird beauftragt, zur  
223 Unterstützung der Schulen bei der Auswahl von geeigneten Essensangeboten eine effektive Beratung  
224 anzubieten.

225 SPD, GRÜNE und FDP setzen sich für eine qualifizierte Bildungsplanung für Oberhausen ein. Auf der  
226 Grundlage der demografischen Entwicklung erwarten sie nicht nur Aussagen hinsichtlich der rein  
227 zahlenmäßig zu erwartenden Entwicklung der Schullandschaft, sondern auch bezüglich ihrer  
228 qualitativen Entwicklung.

229 Die grundlegenden Ziele sind dabei eine weitere Reduzierung der Schulabgänge ohne Abschluss  
230 sowie eine Steigerung der Absolventen/-innen mit Hochschulreife.

231 Ein besonderes Augenmerk wollen SPD, GRÜNE und FDP nach dem Prinzip „Kein Abschluss ohne  
232 Anschluss“ auf die Schulabgänge nach der Sekundarstufe I mit einer Ausbildungsperspektive legen.  
233 Vor dem Hintergrund des drohenden Fachkräftemangels setzen sie sich für ein „Aktionsbündnis  
234 Ausbildungsstellen“ mit den Akteuren Agentur für Arbeit, Industrie- und Handelskammer (IHK),

235 Handwerk und Schulen ein. Die Umsetzung des Neuen Übergangssystems (NÜS) sowie von  
236 möglichen Best-Practice-Ansätzen („Praxislerntag“ der Sparkassenbürgerstiftung / Kooperation Hans-  
237 Sachs-Berufskolleg mit der Hauptschule St. Michael) werden unterstützt.

238 Im Rahmen der Bildungsplanung fördern SPD, GRÜNE und FDP Entwicklungen im Sinne des längeren  
239 gemeinsamen Lernens. Sie unterstützen die Einrichtung einer Sekundarschule, falls diese im Konsens  
240 mit allen Beteiligten gewünscht wird. Dabei bleibt es bei unserem Grundsatz, dass die Schließung von  
241 Schulen allein aufgrund demografischer Entwicklungen, und nicht aus wirtschaftlichen Erwägungen,  
242 umgesetzt wird.

243 Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Inklusion stellt eine große Herausforderung für die  
244 Bildungslandschaft dar. SPD, GRÜNE und FDP werden die Realisierung von inklusiven  
245 Unterrichtsangeboten an allen Schulformen im Rahmen kommunaler Möglichkeiten begleiten und  
246 unterstützen.

247 In Kooperation mit dem städtischen Integrationsrat werden SPD, GRÜNE und FDP interkulturelle  
248 Ansätze und Vorhaben im Schulbereich fördern.

249 Die Zielsetzungen des Agenda 21-Programms wollen die Koalitionsparteien durch geeignete  
250 Informationen an allen Schulen und Kindertageseinrichtungen verankern. Besondere Angebote im  
251 Bereich des Offenen Ganztags erscheinen dafür sinnvoll.

252 Das seit Jahren bewährte und mit Millionenbeträgen realisierte Schulbausanierungsprogramm wird  
253 unter verstärkter Beteiligung der Schulen fortgesetzt.

254 Grundsätzlich wird im Rahmen der Bildungsplanung zu prüfen sein, ob –nach dem Vorbild des  
255 Konzepts der Sportstättenplanung – auch im Schulbereich die Ertüchtigung oder sogar der Neubau  
256 eines Schulstandorts anstelle der Sanierung alter Gebäude sinnvoll sein kann.

257 Da in einem modernen Unterricht digitale Bildungsinhalte und –methoden unverzichtbar sind,  
258 werden SPD, GRÜNE und FDP auf der Grundlage eines IT-Bildungskonzeptes ein digitales Ausbau-  
259 und Ausstattungsprogramm für Schulen anstoßen.

260 Der Oberhausener Volkshochschule (VHS) kommt im Zusammenhang mit dem lebenslangen Lernen  
261 eine besondere Bedeutung zu. SPD, GRÜNE und FDP setzen sich für eine Weiterentwicklung der  
262 kommunalen Weiterbildungsangebote der VHS und anderer Träger ein.

263 Die Potenziale des UMSICHT-Instituts der Fraunhofer-Gesellschaft müssen stärker für die  
264 Oberhausener Bildungslandschaft genutzt werden. Eine effektive Zusammenarbeit von UMSICHT und  
265 den Oberstufen der Gymnasien und Gesamtschulen – zum Beispiel durch einen „Tag der  
266 Wissenschaft“ – soll vorangetrieben werden.

## 5. Soziales und Familie

267  
268

269 Zum friedlichen Zusammenleben in einer Stadtgesellschaft gehört neben Förder-, Betreuungs- und  
270 Unterstützungsangeboten für Familien auch ein soziales Netz, das Menschen, die ins Straucheln  
271 geraten, auffängt.

272 Bei der Armutsbekämpfung leisten städtische wie auch private Initiativen in Oberhausen seit vielen  
273 Jahren wertvolle Arbeit. SPD, GRÜNE und FDP sind sich einig, diese Arbeit auch weiterhin zu  
274 unterstützen. Die Angebote der Schuldner-, Arbeitslosen-, sozial- und psychosozialen Beratung sollen  
275 besser miteinander vernetzt werden, um in der täglichen Arbeit noch stärker als bisher eine  
276 Lotsenfunktion für Hilfen aus einer Hand zu übernehmen.

277 Um weiterhin unnötige Umzüge von ALG II-Bezieher/-innen zu vermeiden, ist eine  
278 Mietkostenstaffelung (Grundmiete zu Nebenkosten) - angelehnt an das „Bielefelder Modell“ -  
279 einzuführen, damit auch energetische Sanierungen nicht zum Grund für einen Zwangsumzug werden.

280 Im Umgang mit sozialen Auffälligkeiten im öffentlichen Raum führt bloße Verdrängung aller  
281 Erfahrung nach zu keiner dauerhaften Lösung. Jedoch können Projekte wie am Kleinen Markt in  
282 Sterkrade als Vorbild dienen, um im Dialog mit allen Beteiligten und mit Begleitung durch Kräfte aus  
283 dem Sozialbereich Konflikte beizulegen. Platzverweise sind nur das letzte Mittel, wenn Belästigungen  
284 auf anderem Weg kein Einhalt zu gebieten ist. Gleichermäßen sind andernorts erfolgreiche  
285 Anreizprogramme zu prüfen, wie auch schwer alkoholranke Menschen motiviert werden können,  
286 Verantwortung für ihr unmittelbares Umfeld zu übernehmen.

287 Als Grundlage für eine effektive und quartiersbezogene Sozialplanung der Verwaltung (Jugendhilfe-,  
288 Sozial-, Gesundheits-, Alten- und Pflegebereiche sowie der Stadt- und Quartiersplanung) sind auch  
289 freie Träger vor Ort mit einzubinden. Die Sozialraumgespräche sollen in diesem Zusammenhang als  
290 Instrument für Verbindlichkeit und Qualität im gesamten Stadtgebiet dienen.

291 Zum Anmeldeverfahren für das Kindergartenjahr 2016/2017 sollen die Eltern die Möglichkeit haben,  
292 über einen sogenannten „KiTa- Navigator“ Kinder für den Besuch in Kindertageseinrichtungen  
293 anzumelden.

294 Die Öffnungszeiten städtischer Kindertageseinrichtungen sind im Hinblick auf Randzeitenbetreuung  
295 und tatsächliche Betreuungsbedarfe im Rahmen der finanziellen Spielräume zu überprüfen, da die  
296 Stadt als Träger in diesem Feld eine Vorbildfunktion übernehmen kann. Möglich wäre hier ein  
297 Modellversuch an einem Standort umzusetzen.

298 Zum besseren wechselseitigen Verständnis einer Stadtgesellschaft, die stetig „bunter, älter und  
299 weniger“ wird, werden städtische Mitarbeiter/-innen auch in Fragen der Akzeptanz und Sensibilität  
300 kontinuierlich geschult.

301 Den veränderten Bedürfnissen der „neuen Generation“ älterer Menschen nach Selbstbestimmtheit  
302 und Individualität gilt besonderes Augenmerk. Für die drei Stadtteile soll eine quartiersbezogene  
303 Konzeption entwickelt werden, die u.a. Faktoren der Nah- und gesundheitlichen Versorgung  
304 berücksichtigt, wie z.B. beim Gesundheitszentrum Osterfeld am Marienhospital geschehen. Die

305 Umsetzung soll bis 2018 erfolgen. Auch eine Mehrgenerationen-Wohnform unter Einbeziehung  
306 städtischer Immobilien ist hier vorstellbar.

307 Für die SPD, GRÜNE und FDP gilt mit Blick auf Betreuung und Versorgung weiterhin „ambulant vor  
308 stationär“ als Handlungsmaxime. Deshalb sollen sowohl Prävention, als auch Rehabilitation für  
309 Senior/-innen ebenso wie deren familiäre Potenziale gestärkt werden, um einen möglichst langen  
310 Verbleib im gewohnten Umfeld zu unterstützen.

311 Die städtischen Alteneinrichtungen (ASO) bleiben in öffentlicher Hand. Eine Privatisierung wird  
312 nachdrücklich ausgeschlossen, da die ASO von der ambulanten Hilfe, über „Betreutes Wohnen“ und  
313 Tagespflege, bis zur vollstationären Unterbringung mit ihren Unterstützungsangeboten für Senior/-  
314 innen und deren Familien ein wichtiger Bestandteil des sozialen Angebotes der Stadt ist.

315 Im Rahmen der Verkehrsplanung müssen Fußgängerampeln im Stadtgebiet an die Bedürfnisse von  
316 älteren und mobilitätseingeschränkten Menschen angepasst werden. Der Vorrang von Fußgänger/-  
317 innen an bestimmten Stellen ist dabei ebenso zu prüfen wie längere Grünphasen bzw.  
318 Querungszeiten im Verkehrsalltag.

319 SPD, GRÜNE und FDP werden durch unterschiedliche Initiativen - auch und gerade in Hinblick auf  
320 einen Dritten Arbeitsmarkt - weiterhin die gemeinsamen Anstrengungen verstärken, Brücken aus  
321 der Arbeitslosigkeit zu bauen. Eine weitere Verfestigung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit ist  
322 für Oberhausen nicht hinnehmbar. Ihre Bekämpfung ist für die Koalitionsparteien eine vorrangige  
323 Aufgabe.

## 324 6. Jugend

325

326 Kinder und Jugendliche brauchen Anlaufpunkte, wo sie zeitweilig weg von der familiären  
327 Erwachsenenwelt sein können. SPD, GRÜNE und FDP setzen sich für eine offene Jugendeinrichtung –  
328 die sich auch in freier Trägerschaft befinden kann – in jedem der drei Stadtbezirke ein, die als eine  
329 zentrale Anlaufstelle für die Kinder und Jugendlichen fungiert. Dort sollen sie sich über die  
330 unterschiedlichen Angebote im Stadtteil informieren können und von dort sollen diese Angebote bei  
331 Bedarf auch koordiniert werden. Diese sind in den Stadtteilen gemeinsam mit den Kindern und  
332 Jugendlichen und den Trägern entsprechend der unterschiedlichen Interessen und Bedarfe zu  
333 entwickeln.

334 Die Einrichtung des ersten Oberhausener Jugendparlaments (JuPa) war eine richtige Entscheidung.  
335 Die Mitglieder haben in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit geleistet, die es auch in  
336 Zukunft zu unterstützen gilt. Zur Unterstützung der Arbeit des Jugendparlaments wollen SPD, GRÜNE  
337 und FDP die Beteiligung an regulären kommunalpolitischen Beratungsabläufen stärken, indem den  
338 Mitgliedern des JuPA die Möglichkeit eingeräumt werden soll, grundsätzlich jeweils eine beratende  
339 Vertreterin oder einen beratenden Vertreter in die Ratsausschüsse zu entsenden. Durch die  
340 Verwaltung werden auch der Rat und die zuständigen Ausschüsse über die Aktivitäten des JuPa  
341 kontinuierlich informiert.

342 Das OLGA-Gelände ist als Veranstaltungsort unverzichtbar. Die Veranstaltung OLGAs Rock bleibt  
343 weiterhin kostenlos.

344 Eines der wichtigsten Zukunftsfelder der Kinder- und Jugendarbeit ist die bereits begonnene  
345 Beteiligung am Landesprojekt „Kein Kind zurücklassen“. Durch den Aufbau von Präventionsketten,  
346 von der Gesundheitsvorsorge bis zur Bildungsbegleitung, die als individuelle Unterstützung entlang  
347 der Entwicklungsbiografien der Kinder und Jugendlichen eingerichtet werden, soll es den  
348 Jugendlichen leichter fallen, Schule und Ausbildung erfolgreich zu meistern. Auch Freizeit-, Sport-  
349 und Kulturangebote sind hierbei nicht zu vernachlässigen. Denn auch diese Angebote vermitteln den  
350 Jugendlichen Selbstbewusstsein und stärken sie in ihrer persönlichen Entwicklung. Dabei sind für  
351 SPD, GRÜNE und FDP die Träger und Akteure wichtige Partner im jeweiligen Sozialraum.

## 352 7. Gesundheit und Verbraucher/-innenschutz

353

354 SPD, GRÜNE und FDP werden mit den Akteuren der Gesundheitskonferenz und den Oberhausener  
355 Netzwerken - z.B. MRE-Netzwerk, Gesundheitsmediator/-innen, Netzwerk Pflege - die Arbeit an  
356 konkreten Zielen fortsetzen und zeitgemäß ergänzen:

- 357 • Die Vorsorge für Kinder- und Jugendliche soll kontinuierlich verbessert (z.B. durch  
358 Vorsorgeuntersuchungen, Programme und Impfungen) sowie die Zusammenarbeit mit den  
359 Kindertageseinrichtungen und Schulen in Stadtteilen mit besonderen Problemlagen vertieft  
360 werden.
- 361 • Die Koalitionsparteien wollen eine Verbesserung der Bewegungsförderung in Oberhausen:  
362 Die Zusammenarbeit zwischen Gesundheitsakteuren, dem Stadtsportbund und den Vereinen  
363 wird zu diesem Zweck intensiviert.
- 364 • Für Menschen mit psychischen Erkrankungen sollen die niederschweligen Angebote  
365 ausgebaut werden. Gemeinsam mit der Landesregierung werden sich die Koalitionsparteien  
366 für eine Verbesserung des ärztlichen und therapeutischen Angebotes in Oberhausen  
367 einsetzen.
- 368 • Menschen, die sich in einer Substitutionstherapie befinden, müssen in die Lage versetzt  
369 werden, Beruf bzw. Angebote für Arbeitssuchende mit ihren Therapieangeboten zu  
370 verbinden. Hierzu gilt es Therapie und Berufstätigkeit bzw. Angebote für Arbeitssuchende  
371 zeitlich besser miteinander zu vereinbaren.

372  
373 Effektive Prävention ist auf Netzwerke und Organisationen angewiesen. SPD, GRÜNE und FDP sind  
374 entschlossen, die gute Arbeit der Oberhausener Aidshilfe weiter zu unterstützen.

375 Daneben soll die interkommunale Zusammenarbeit auch im Gesundheitswesen mit dem Ziel eines  
376 interkommunalen Gesundheitsberichtes und der Entwicklung von gemeinsamen  
377 Informationsangeboten werden weiter ausgebaut.

378 SPD, GRÜNE und FDP stehen zu einer unabhängigen und flächendeckenden Verbraucherberatung,  
379 die in ihrer Arbeit weiter unterstützt werden soll. Gleiches gilt für die

380 Verbraucherschutzorganisationen, wie die Energie- und Umweltberatung, sowie die Beratung für  
381 Schuldnerinnen und Schuldner.

382 In der Gesundheitsverwaltung sollen die Bereiche Lebensmittelsicherheit, Veterinärwesen und  
383 Infektionsschutz zu einem Bereich Verbraucher/-innenschutz zusammengelegt werden. Eine  
384 Ausweitung des vorhandenen Personalschlüssels ist damit nicht verbunden.

## 385 8. Stadtplanung und Wohnen

386

387 SPD, GRÜNE und FDP werden die Weiterentwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes 2020 zum  
388 integrierten Stadtentwicklungskonzept mit einem Quartiersansatz angehen. Hierbei soll eine  
389 kleinräumige und quartiersbezogene Planung als Grundprinzip der Stadtentwicklungsplanung  
390 etabliert werden.

391 Zentral für die Koalitionsparteien ist: Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger stärker an der  
392 Gestaltung ihrer Umgebung beteiligen (s. Abschnitt „Bürger/-innenbeteiligung“).

393 Den Koalitionsparteien ist es ein Anliegen, durch Entwicklung von Schlüsselimmobilien, die positiv auf  
394 ihr städtebauliches Umfeld ausstrahlen, eine aktive Stadtentwicklungspolitik zu betreiben. Dabei  
395 sollen Kooperationen mit privaten Partnern gesucht sowie Finanzierungsmöglichkeiten, z.B. durch die  
396 NRW Bank, genutzt werden.

397 Die Ansiedlung von zentrenschädlichem Einzelhandel in nichtintegrierten Lagen soll unterbunden  
398 werden. Ein Zentren- und Einzelhandelskonzept wird aus- bzw. überarbeitet. Die Aufrechterhaltung  
399 eines Nahversorgungsangebots für Menschen mit eingeschränkter Mobilität ist von besonderer  
400 Bedeutung.

401 SPD, GRÜNE und FDP sind sich einig, auch in Sterkrade und Osterfeld ein Zentren-Management  
402 einzuführen.

403 Als adäquate Reaktion auf Schrumpfungsprozesse und Maßnahme der Klimafolgenanpassung sollen  
404 Konzepte für den strategischen Rückbau in stark verdichteten Bereichen erstellt werden.

405 Für (künftig) nicht mehr genutzte öffentliche Gebäude, z.B. Schulbauten, sind Umnutzungskonzepte  
406 zu erarbeiten.

407 In Kooperation mit Bankinstituten und privaten Partnern soll ein revolvingender Fond zur  
408 Finanzierung von Schlüsselbauprojekten eingerichtet werden. Auch sollen Chancen genutzt werden,  
409 die sich durch neue Ansätze in der Stadtentwicklung, wie z.B. Immobilien- & Standortgemeinschaften  
410 (ISGS), ergeben.

411 Als Grundlage für eine stärkere Berücksichtigung der Chancengleichheit für unterschiedliche Nutzer/-  
412 innengruppen in der Stadtentwicklung soll ein Leitfaden „Gender Mainstreaming in der  
413 Stadtentwicklung“ für Oberhausen erstellt werden.

414 Per Satzungsbeschluss verabschiedete Bebauungspläne behalten aus Gründen der  
415 Planungssicherheit und des Vertrauensschutzes ihre Gültigkeit.

416 Die gemeinsame Flächennutzungs- und Raumplanung in der Region ist ein wichtiger  
417 Entwicklungsimpuls, der als Zukunftsmodell für das Ruhrgebiet große Chancen für Oberhausen bietet  
418 und mit Nachdruck unterstützt wird.

#### 419 **Baukultur**

420 SPD, GRÜNE und FDP werden einen Gestaltungsbeirat mit unabhängigen Fachleuten zum  
421 nächstmöglichen Zeitpunkt einsetzen. Der Gestaltungsbeirat soll zur Verbesserung des Stadtbildes,  
422 zur Sicherung der architektonischen Qualität auf hohem Niveau sowie zur Verhinderung  
423 städtebaulicher und architektonischer Fehlentwicklungen beitragen.

424 Die Koalitionsparteien erachten es als wichtig, Gestaltungssatzungen für ausgewählte Bereiche unter  
425 Beteiligung der betroffenen Bürger/-innen und des Gestaltungsbeirates in Neubau und Bestand zu  
426 entwickeln. Bei Zielkonflikten im Bestand (z.B. energetische Fassadensanierung, Ausbau,  
427 Fotovoltaikanlagen) soll in transparenten Abwägungsprozessen mit den Beteiligten entschieden  
428 werden, wobei dem Entscheidungsspielraum der Betroffenen besonderes Gewicht zukommt.

429 Das bauliche Erbe Oberhausens stellt einen kulturellen, sozialen sowie ökonomischen Wert dar, den  
430 es zu erhalten und qualitativ weiterzuentwickeln gilt. Dazu erfolgt die Beauftragung einer  
431 Untersuchung von Gebäuden der Nachkriegszeit auf ihre Denkmalswürdigkeit, beginnend mit den  
432 Bauten der 1950er Jahre. Um den Erhalt eines identitätsstiftenden historischen Stadtbildes zu  
433 unterstützen, wird ein Denkmalpflegeplan erstellt.

434 Zur Förderung einer breiteren öffentlichen Diskussion sollen Berufsverbände und Initiativen als  
435 mögliche Initiatoren oder Kooperationspartner für eine gemeinsame Veranstaltungsreihe  
436 angesprochen werden, z.B. durch einen gemeinsamen Förderantrag bei der Landesinitiative  
437 StadtBauKultur NRW.

438 Nach Möglichkeit sollen Wettbewerbsverfahren, wie z.B. der gerade in Oberhausen ausgelobte  
439 Schlaun-Wettbewerb, oder die Kooperation mit den Akteuren aus dem Bereich Architektur,  
440 Städtebau, Landschaftsarchitektur, Denkmalpflege etc. für Impulse genutzt werden.

#### 441 **Grün- und Freiflächen**

442 SPD, GRÜNE und FDP sind sich einig, eine umfassende Freiraumplanung mit den Schwerpunkten

- 443 • Vernetzung von Grünflächen
- 444 • naturnahe Wiederherstellung von Bachläufen
- 445 • Einklang von ökologischer Aufwertung und naturschonender Naherholung

446

447 zu erstellen und deren Umsetzung schrittweise kurz- bis mittelfristig voranzutreiben.

448 Die Koalitionsparteien sind sich der hohen Wohn- und Freiraumqualitäten der „Parkstadt  
449 Oberhausen“ und des Volksparkgedankens bewusst und verfolgen die konzeptionelle und räumliche  
450 Weiterentwicklung. Bei den Fuß- und Radwegeverbindungen zwischen den Parkanlagen sollen  
451 Lücken geschlossen werden. Außerdem setzen sich SPD, GRÜNE und FDP für eine stärkere  
452 Durchgrünung der Innenstadtbereiche als Teil der Anpassungsstrategie gegen den Klimawandel und  
453 die Fortsetzung des Alleenprogramms ein.

454 Stadtdurchgrünung und Schaffung von Durchlüftungsschneisen erhalten einen stärkeren Stellenwert:

- 455 • Durch Optimierung und Fokussierung der Baumschutzsatzung sollen personelle Kapazitäten  
456 in der Umweltverwaltung verstärkt für Grünplanung und deren Umsetzung sowie  
457 Beratungsaufgaben zur Verfügung stehen. Die Baumschutzsatzung wird bis März 2015  
458 überarbeitet mit der Zielsetzung, dass zum einen die Antragspflichten für Grundstücke im  
459 Eigentum natürlicher Personen entfallen und zum anderen ein wirksamer Baumschutz im  
460 Rahmen von Baugenehmigungsverfahren ermöglicht wird. Für Grundstücke im Eigentum  
461 juristischer Personen wie Wohnungsgenossenschaften und Unternehmen sowie bei allen  
462 Bauträgermaßnahmen bleibt die Genehmigungspflicht mit verstärktem Akzent auf den Erhalt  
463 schützenswerter Bäume, ggf. auch unter Ausweitung der Schutzwirkung (Arten, Alter,  
464 Erscheinungsbild, Ensemble), ebenso bestehen wie im öffentlichen Raum.
- 465 • Ziel ist daher, den Baumbestand in der Stadt durch Neupflanzungen und Alleenprogramm  
466 deutlich zu vermehren; die erforderlichen Ressourcen werden im Gesamthaushalt (d.h.  
467 dezernatsübergreifend) bereitgestellt.
- 468 • Oberhausen strebt die vermehrte Berücksichtigung im Pflanzgutprogramm des  
469 Landschaftsverbands Rheinland (LVR) im Blick auf heimische Bäume und Sträucher sowie  
470 Obstwiesen an und prüft die Möglichkeit ergänzender städtischer Anreizprogramme,  
471 insbesondere auch in Kooperation mit der Biologischen Station Westliches Ruhrgebiet.
- 472 • Fördermöglichkeiten durch Landesprogramme für integriertes Stadtgrün bzw. Maßnahmen  
473 oder Wettbewerbe für Fassadenbegrünung sind zu nutzen bzw. auszuloben.
- 474 • Wichtig für die Koalitionsparteien ist, dass ein Kommunikations- und Erläuterungskonzept  
475 mit Bürger/-innen für Baumfällungen und Ersatzpflanzungen bei Einzelbäumen, Alleen und  
476 Waldgebieten, insbesondere bei Straßenbaumaßnahmen, umgesetzt wird. Baumpflege- und  
477 Verjüngungsmaßnahmen in städtischen Anlagen oder bewaldeten Bereichen unterliegen  
478 frühzeitig der bürgerschaftlichen Mitwirkung und werden in der Umsetzung und  
479 Umsetzungsqualität eng durch das Umweltdezernat begleitet.

480

481 Die Koalitionsparteien sind sich der besonderen Bedeutung der regionalen Grünzüge bewusst.  
482 Ergänzend soll eine verbesserte Anbindung bzw. Erreichbarkeit für den Nord- und Südraum der Stadt  
483 erfolgen.

484 Tal und Verlauf des Alsbachs sollen in ein Freiraumkonzept eingebunden werden. Sowohl Tal als auch  
485 Verlauf sollen grundsätzlich von weiterer Bebauung freigehalten werden. Eine zweckgebundene  
486 Weiterentwicklung der bestehenden Behinderteneinrichtung wird in einem verträglichen Maße mit  
487 der Grün- und Freiflächenplanung unterstützt.

488 Der gegenwärtige Emscherumbau ist eine große Chance für eine zusammenhängende  
489 Grünflächenentwicklung, die positiv auf die angrenzenden Stadtteile wirkt. Bei der Umbauphase  
490 bedarf es eines geeigneten Baustellenmanagements, das Beeinträchtigungen von Anwohnern so  
491 gering wie möglich hält.

492 Für das Areal der ehemaligen Zeche Sterkrade wird die intensive Begleitung des Schlaun-  
493 Wettbewerbs verfolgt mit dem Ziel, innovative Lösungen für Wohnen, aber auch für Gewerbe  
494 umzusetzen. Dazu zählt in Teilbereichen das Miteinander von Grün und Gewerbe in sogenannten  
495 „Grünen Gewerbegebieten“ wie z.B. im „Erlengrund“.



496 Ein Leitbild der Stadtentwicklung ist die flächensparende Stadt. Vorrang hat für die Koalitionsparteien  
497 das Flächenrecycling.

498 Auf Grundlage und durch Zusammenführung von Flächendaten, die der Verwaltung vorliegen, soll ein  
499 Versiegelungskataster aufgebaut werden mit dem Ziel, dass spätestens 2030 in Oberhausen in der  
500 Bilanz keine Flächen mehr versiegelt werden. Hierfür ist auch die Entsiegelung und Renaturierung  
501 von Flächen konzeptionell zu planen.

502 Bei der Flächenentwicklung muss berücksichtigt werden, dass auch zukünftig eine ausreichende  
503 Versorgung mit Wohnraum sichergestellt ist sowie genügend Flächen für die weitere wirtschaftliche  
504 Entwicklung zur Verfügung gestellt werden können. Bereits ansässige Firmen brauchen einen  
505 Bestandsschutz und Erweiterungsmöglichkeiten.

506 Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, die u.a. auf eine Verminderung des Freiflächenverbrauchs  
507 zielt, bedeutet auch für die Gewerbeflächenentwicklung klare Akzentverschiebungen: Aktivierung  
508 vorhandener ungenutzter Flächen, Ertüchtigung verfügbarer bestehender Gewerbegebiete,  
509 Gewerbehöfe, Berücksichtigung ökologischer Standards. Bei neuen Gewerbeflächen ist der Anteil  
510 kleinteiliger Flächen zu beachten. Richtungsweisend ist das bundesweit beachtete gewerbliche  
511 Flächenmanagement des Regionalverbands Ruhr (RVR).

512 SPD, GRÜNE und FDP setzen sich unter Berücksichtigung von Wetterphänomenen wie Starkregen –  
513 soweit möglich – für die konsequente Umsetzung der Abkoppelung des Regenwassers, die  
514 Zukunftsinitiative „Wasser in der Stadt von morgen“ und die Förderung von  
515 Versickerungsmaßnahmen ein.

516 Die Sanierung von Parkanlagen und die Erstellung neuer Parkpflagerwerke soll geprüft werden.  
517 Außerdem ist die Unterschutzstellung des Kaisergartens als Gartendenkmal gegebenenfalls  
518 einzuleiten.

519 Stadt und OGM sind aufgefordert, eine langfristige Planung für den Unterhalt des städtischen  
520 Straßenbegleitgrüns mit modernen Pflanzmethoden und dem Ziel der schrittweisen Umrüstung  
521 durch ökologische Aufwertung und langfristig geringeren Pflegeaufwand vorzulegen. Ein  
522 Modellversuch auf der Mülheimer Straße (vor dem Arbeitsamt) soll nach und nach auf das  
523 Stadtgebiet ausgeweitet werden. Auch das Patenschaftsmodell für Baumscheiben soll ausgeweitet,  
524 „urban gardening“-Projekte sollen, z.B. durch Bereitstellung geeigneter Flächen, unterstützt werden.

## 525 **Wohnen**

526 SPD, GRÜNE und FDP sprechen sich für eine kontinuierliche Fortschreibung des kommunalen  
527 Handlungskonzepts „Wohnen“ zur verbesserten und zielgerichteten Wohnbaupolitik für alle  
528 Menschen in Oberhausen aus. Hierbei sollen die Möglichkeiten der öffentlichen Förderung  
529 ausgeschöpft werden, um den geschaffenen Wohnraum für möglichst viele Menschen bezahlbar zu  
530 halten. Darüber hinaus sind Initiativen aus der Bürgerschaft zu berücksichtigen.

531 Die Koalitionsparteien befürworten die Schaffung und Förderung von unterschiedlichen  
532 Wohnformen mit integrierten Dienstleistungsangeboten für ältere Menschen, die es erlauben,  
533 möglichst lange im Quartier und im gewohnten Umfeld zu bleiben. Reine Pflegeheime sollten die  
534 Ausnahme sein.

535 SPD, GRÜNE und FDP fordern die Prüfung der Bedarfssituation für junges Wohnen/Studierende und  
536 Auszubildende, um möglichst die gezielte Schaffung von Wohnraum für diese Gruppen einzuleiten.

537 Maßnahmen zur Bestandssanierung in ausgesuchten Stadtquartieren und deren Erhalt unter  
538 Berücksichtigung von Eigentumsverhältnissen (z.B. Arbeitersiedlung Gustavstraße) werden als  
539 notwendig erachtet.

#### 540 **Internet**

541 SPD, GRÜNE und FDP fordern die Netzbetreiber auf, die flächendeckende Verfügbarkeit von  
542 schnellem Internet in Oberhausen (z.B. via Glasfaserkabel oder den Mobilfunkstandard LTE) zu  
543 gewährleisten.

544 Die Errichtung von kostenlosen W-LAN-Hotspots im Stadtgebiet ist zu prüfen. Dabei gilt ein  
545 besonderes Augenmerk den Orten, an denen sich Jugendliche aufhalten, darunter die Jugendzentren.

## 546 **9. Stadtteil- und Quartiersentwicklung in den Bezirken**

547

548 Oberhausen hat mehr als ein Zentrum, und jedes hat seinen eigenen Charakter. Die Stadtteilzentren  
549 sollen gestärkt werden. Dazu gehören ein ausgewogener Branchenmix, eine gute Erreichbarkeit,  
550 vielfältige kulturelle Angebote und Orte mit hoher Aufenthaltsqualität, die auch Kinder und  
551 Jugendliche zum Verweilen einladen. Die Attraktivitätssteigerung der Stadtteilzentren ist ein  
552 ständiger, integrierter Prozess. Dazu sollen in den Stadtteilen die Stadtteilentwicklungskonzepte  
553 weiterentwickelt und Förderprogramme genutzt werden.

554 SPD, GRÜNE und FDP setzen sich für folgende Maßnahmen ein:

#### 555 **Alt-Oberhausen**

- 556 • Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in der City, Aufwertung der Oberhausener  
557 Innenstadt. Ziel ist die Schaffung von attraktivem Wohn- und Lebensraum.
- 558 • Betrachtung der gesamten Marktstraße mit angrenzenden Nebenstraßen zur Erhöhung der  
559 Aufenthalts- und Wohnqualität (Wettbewerb oder Planungsvergabe an eine Hochschule)
- 560 • Schaffung von Grün und Aufenthaltsflächen für verschiedene Nutzer- und Anwohner/-  
561 innengruppen.
- 562 • Ersatz alter Wohnsubstanz durch moderne Wohngebäude mittels Förderung mit öffentlichen  
563 und privaten Initiativen. Als adäquate Reaktion auf Schrumpfungsprozesse und Maßnahme  
564 der Klimafolgenanpassung sollen Konzepte für den strategischen Rückbau in stark  
565 verdichteten Bereichen erstellt werden.
- 566 • Sanierung bestehender Immobilien unter Beachtung von Wohnungszuschnitt und  
567 Ausstattung, Schaffung von alten- und behindertengerechtem Wohnraum sowie  
568 Mehrgenerationen-Wohnen, sozialem Wohnungsbau, Stärkung der Infrastruktur und  
569 Verbesserung der Freiraumqualitäten, wie z.B. durch Innenhofgestaltung.
- 570 • Schaffung von Wohnraum zu finanzierbaren Mieten gerade auch für ältere Mitbürger/-innen

- 571 • Prüfung der Bedarfssituation und gezielte Angebote für junges Wohnen/Studierende und  
572 Auszubildende.
- 573 • Neubauprojekt/Eigenheimsiedlung auf dem Gebiet Alt-Oberhausen, das ein Angebot im  
574 bisher auf dem Oberhausener Wohnungsmarkt unterrepräsentierten Segment hochwertigen  
575 ökologischen Wohnens anbietet (z.B. Null-Energie-Häuser).
- 576 • Prüfung des gebührenfreien Parkens am Kaisergarten an Werktagen montags bis freitags  
577 nach Auswertung des bisherigen Gebührenaufkommens an diesen Tagen.
- 578 • Qualitätsvolle Weiterentwicklung und Profilbildung der Alt-Oberhausener Innenstadt im  
579 Bereich der Friedrich-Karl-Straße unter Berücksichtigung gestalterischer Kriterien, Bemühung  
580 um Aufnahme in Landesförderungsprogramme.
- 581 • Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbes zum Bahnhofsumfeld mit den  
582 Ankerpunkten Finanzamt, ehemalige JVA (unter Prüfung des Konzepts Jugend-  
583 /Erlebnishotel), Amtsgericht und Postgebäude.
- 584 • Aufwertung der Innenstadt durch den Bau des Jobcenters an der Marktstraße im Rahmen  
585 der aktiven Stadtentwicklungspolitik, die Sanierung des Parkhauses Linsingenstraße sowie  
586 die Errichtung des Jugendzentrums City in der Lothringer Straße.
- 587 • Umwandlung eines geeigneten Schulgebäudes/öffentlichen Gebäudes in ein alternatives  
588 Wohnprojekt (Alterswohnen, Mehrgenerationenhaus o.ä.).
- 589 • Weiterentwicklung der Emscherinsel, u.a. Prüfung der Ansiedlung eines Jugend- und  
590 Familienhotels.
- 591 • Entwicklung des Nahversorgungs- und Dienstleistungszentrums Bebelstraße.
- 592 • Fortführung des Projektes Soziale Stadt Lirich, Begleitung der Modernisierung und  
593 Neugestaltung des LVR-Industriemuseums mit dem Altenbergareal durch den LVR auch durch  
594 städtische Maßnahmen (Umbau Altenberger Straße und Umplanung des Parks mit Anschluss  
595 an die Gustavstraße).

## 596 **Sterkrade**

- 597 • Ausbau und Förderung von Ankerpunkten und Vielfalt in Sterkrade bei Gastronomie,  
598 Einzelhandel, medizinischer Versorgung sowie des generationsübergreifenden, barrierefreien  
599 Lebens und Wohnen.
- 600 • Modernisierung und Attraktivitätssteigerung städtischer Immobilien in Sterkrade-Mitte.
- 601 • Prüfung des Ankaufs oder der Neuverwendung von weiteren leerstehenden  
602 Schlüsselimmobilien, um die Stadt zu beleben (z.B. wie beim ehemaligen Kaiser- und Ganz-  
603 Gebäude und ehemaliger Stadtparkasse) .
- 604 • Um die Attraktivität der Umgebung zu erhöhen und mehr Kundinnen und Kunden zu binden,  
605 soll die anspruchsvolle Gestaltung des öffentlichen Raums mit Aufenthaltsqualitäten  
606 (Verweil- und Spielplätze) auf den Weg gebracht werden. Die Fußgängerzone in der  
607 Sterkrader Innenstadt soll grundsätzlich erhalten bleiben. Dabei gilt es, eine angemessene  
608 Verkehrserschließung für Anlieger/-innen zu gewährleisten, ohne Durchgangsverkehre  
609 zuzulassen. Eine Verbesserung der barrierearmen Erreichbarkeit mit öffentlichen  
610 Verkehrsmitteln ist nach Auswertung entsprechend positiver Beispiele anderer Städte  
611 ergebnisoffen zu prüfen. Es erfolgt eine Abwägung, Prüfung und Berücksichtigung der  
612 Empfehlungen des IHK-Gutachtens.

- 613 • Aufbau eines Stadtteilmanagements nach dem Vorbild von Alt-Oberhausen, mehr  
614 Aufenthalts- und Verweilqualität und eine attraktive Lenkung von Fußgänger/-innenströmen  
615 vom Bahnhof Sterkrade im Zuge des Ausbaus der Betuwe-Linie.
- 616 • Konzept zur Weiterentwicklung und Sicherung der Sterkrader Kirmes in Abstimmung mit der  
617 Grünflächenentwicklung.
- 618 • Wettbewerb zur Gestaltung der öffentlichen Flächen zwischen Bahnhof Sterkrade und  
619 Sterkrader Tor mit dem Ziel, unter der Voraussetzung der Beibehaltung der Sterkrader  
620 Kirmes, mit Grünen Bändern, evtl. Wasser sowie mobiler Gastronomie und ähnlichen  
621 Konzepten den Aufenthalt attraktiv zu machen.
- 622 • Erarbeitung eines Konzeptes unter Einbeziehung aller Beteiligten zur Gestaltung des  
623 Bahnhofsvorplatzes, der Lärmschutzwände sowie einer angemessenen Querung für  
624 Fußgänger/-innen und Radfahrer/-innen im Zuge des Ausbaus der Betuwe-Linie.
- 625 • Beauftragung und gegebenenfalls Umsetzung einer Machbarkeitsstudie zur schlüssigen  
626 Anbindung des Bereichs Schwarze Heide an die Sterkrader Innenstadt, Aufstellung eines  
627 Bebauungsplans für den Bereich „Yesterday“ und der ehemaligen Diskothek  
628 „Bukarest/Xanadu“ im Zuge des Betuwe-Umbaus sowie effektive Anbindung und Belebung  
629 der Neumühler Straße mit dem Ziel, Unternehmen zu stärken und neue Unternehmen  
630 anzuziehen.
- 631 • Intensive Begleitung des Schlaun-Wettbewerbs für die Zeche Sterkrade zur Umsetzung von  
632 innovativen Zielen und Lösungen.

### 633 **Osterfeld**

- 634 • Aufnahme in das Förderprogramm „Soziale Stadt“.
- 635 • Stärkung der zentralen Funktionen Osterfelds in den Feldern: Handel, Bildung,  
636 Dienstleistung.
- 637 • Attraktivierung der Innenstadt, u.a. durch einen neuen Supermarkt an der Bottroper Str.,  
638 Drogeriemarkt, die Neukonzeption des Wochenmarkts, Ausweitung der Außengastronomie  
639 und der Spielangebote sowie eine ansprechende Gestaltung des Osterfelder Marktplatzes.
- 640 • Weiterentwicklung des Gesundheitsstandorts Osterfeld durch Erweiterung des Marien-  
641 Hospitals.
- 642 • Erhalt des Standortes der Stadtteilbücherei.
- 643 • Um- bzw. Neugestaltung der Gelände um die Immobilien HDO und Gartendom sowie des  
644 ehemaligen Hallenbadgeländes.
- 645 • Weiterentwicklung des Revierparks Vonderort.
- 646 • Aufwertung von Grünflächen und Parks.
- 647 • Schaffung öffentlich nutzbarer Sportflächen (Tischtennisplatten, Boulebahnen, Streetball).
- 648 • Zufriedenstellende Lösung der Verkehrssituation für alle Verkehrsteilnehmer/-innen bei den  
649 Baumaßnahmen der DB an der L450.
- 650 • Umsetzung des Lärmschutzes für Anwohner/-innen des Güterbahnhofs Osterfeld.

651

652

## 653 10. Verkehr

654

655 Den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft muss durch ein zukunftsgerichtetes,  
656 klimafreundliches System (Masterplan Mobilität) Rechnung getragen werden. Dazu gehört die  
657 Beibehaltung eines attraktiven ÖPNV ebenso wie der Ausbau der Fußgänger- und  
658 Fahrradinfrastruktur.

### 659 **ÖPNV**

660 SPD, GRÜNE und FDP sprechen sich gegen weitere Einschnitte bei der Finanzierung des ÖPNV, gegen  
661 Takteinschnitte und Streckenstilllegungen aus. Der Ausbau der städteübergreifenden ÖPNV-  
662 Verbindungen und die verstärkte Kooperation der Verkehrsgesellschaften sind weiterzuerfolgen.

663 Die Koalitionsparteien setzen sich ein für den weiteren Ausbau des barrierefreien ÖPNV in  
664 Oberhausen.

665 Weitere verkehrspolitische Maßnahmen, die auf der Agenda stehen, sind:

- 666 • P + R-Anlagen in Schmachtendorf und Sterkrade
- 667 • Elektromobilität: Schnell-Ladeeinrichtungen für E-Busse (Pilotprojekt)
- 668 • Evaluierung des Oberhausener Liniennetzes nach der letzten großen Fahrplanänderung

669

670 SPD, GRÜNE und FDP streben die durch Fördermittel ermöglichte Fortführung der Straßenbahnlinie  
671 105 von Essen-Frintrop zum Oberhausener Hauptbahnhof und zum Bahnhof Sterkrade an, die für den  
672 Berufs-, Ausbildungs- und Freizeitverkehr Anreiz und wesentliche Verbesserung bringen wird. Der  
673 Einstieg in die Planungen und die Bürger/-innenmitwirkung sollen schnellstmöglich beginnen, sofern  
674 keine gravierenden Wirtschaftlichkeits- und Finanzierungsvorbehalte dagegen sprechen.

675 Eine Taktverbesserung bei der Straßenbahnlinie 112 ist sinnvoll und in Abstimmung mit  
676 Mülheim/Ruhr zeitnah anzustreben.

677 Die Koalitionsparteien setzen sich für eine verbesserte Anbindung von Sterkrade-Mitte sowie auch  
678 von Randbereichen unserer Stadt an das ÖPNV-Netz ein.

679 SPD, GRÜNE und FDP werden weiter den Ausbau der Betuwe-Linie sowie verstärkt die Entwicklung  
680 der Zu- und Abfuhrstrecken im Stadtgebiet sowohl unter dem Aspekt des Lärmschutzes als auch  
681 unter den Gesichtspunkten des Verkehrsflusses, der Betriebssicherheit, der Stadtbildverträglichkeit  
682 und Gefahrenabwehr sowie der barrierefreien Modernisierung der betroffenen Bahnhöfe kritisch  
683 begleiten.

### 684 **Fuß- und Radverkehr**

685 Bei der Weiterentwicklung, dem Ausbau und Lückenschluss des städtischen Radwegenetzes sollen  
686 sowohl der Freizeitcharakter als auch das „Alltagsradeln“ berücksichtigt werden.

687 Radverkehrs-Trassen (z.B. Styrumer Pfad, Ausbau der ehemaligen Bahntrasse in Richtung Meiderich,  
688 Anbindung Alstaden an den Ruhrtalradweg, Radwegeverbindung Waldteich) sollen unter  
689 Berücksichtigung des Radschnellwegenetz fortgeführt werden.

690 SPD, GRÜNE und FDP sprechen sich für die Beteiligung der Stadt Oberhausen an Mobilitätsaktionen  
691 aus.

692 Die Reinigung der Fahrradstreifen und separaten Fahrradwege in festen Reinigungsintervallen hat  
693 ebenso Bedeutung wie die Prüfung einer flexiblen, kurzfristigen Reinigung auf Anruf bei Scherben auf  
694 Radwegen.

695 Weitere abschließbare und gesicherte Fahrradboxen sollen an strategischen ÖPNV-Knotenpunkten,  
696 Bahnhöfen und öffentlichen Einrichtungen geschaffen bzw. Fahrradständer modernisiert werden.

697 Eine Neuordnung der Wege und ein Erschließungskonzept Rhein-Herne-Kanal (insbesondere die  
698 Strecke vom Kaisergarten zur Marina) sind auf den Weg zu bringen.

#### 699 **Individualverkehr**

700 SPD, GRÜNE und FDP wollen die Erprobung eines Shared Space-Konzepts (z.B. in einem  
701 zentrennahen Pilotprojekt) und setzen sich auch perspektivisch für weiteren von allen gemeinsam  
702 genutzten Verkehrsraum in Oberhausen aus.

703 Für die stadtweite Einführung einer sogenannten „Brötchentaste“ soll ein praktikables Modell  
704 umgesetzt werden. Das gebührenfreie Parken von Elektro- und Hybridautos soll im Rahmen der  
705 Höchstparkdauer mit Parkscheibe ermöglicht werden. Geprüft wird die Einführung einer  
706 Parkvignette.

707 Für eine erfolgreiche Reduzierung des Durchgangsverkehrs und einer Verringerung der  
708 Schadstoffbelastung auf der Mülheimer Straße sollen geeignete Maßnahmen geprüft und ggf.  
709 umgesetzt werden, z.B. Fassadenbegrünung, raumsparende Bepflanzung (z.B. aufgeständert),  
710 überörtliche Verkehrsleitung, Einfluss auf Navigationssysteme und Prüfung der Möglichkeiten für ein  
711 LKW-Durchfahrverbot.

712 Die Koalitionsparteien sind für den Einsatz lärmtechnisch optimierten Asphalts bei  
713 Straßenerneuerungen (Ausnahmen: bei bereits verkehrsberuhigten und damit lärmgeminderten  
714 Straßen).

715 Die Verkehrssicherheit muss im Vordergrund stehen. Verkehrsüberwachung ist insbesondere an  
716 Unfallschwerpunkten und vor Schulen, Kindergärten und Alteneinrichtungen auszuweiten, um den  
717 Straßenverkehr sicherer zu machen.

718 SPD, GRÜNE und FDP wollen die Praxis des Eltern-Bring- und Holdienstes an Schulen ändern und  
719 alternative Vorschläge (z.B. Elternhaltestellen) zur Verkehrssicherheit gemeinsam mit der  
720 Verkehrswacht, der Polizei und den Schulen erarbeiten.

721 Die Koalitionsparteien fordern von der Verwaltung ein Konzept zur Verbesserung des  
722 Baustellenmanagements.

723 Die Situation der Beschilderung sowie die Lichtsignalsteuerung in Oberhausen sollen optimiert  
724 werden, u.a. durch Prüfung der bestehenden Ampeln hinsichtlich einer intelligenten Schaltung auf  
725 Nachtabschaltung unter Berücksichtigung des Sicherheitsaspekts.

726 Beim Waldteichgelände und dem Gelände der Nationalen Kohlereserve soll ggf. auch  
727 Logistikgewerbe bei vorhergehender Lösung von Verkehrsfragen möglich sein. Dazu zählen die  
728 Umsetzung eines Autobahnanschlusses, die Beibehaltung des Grünzugs entlang der Autobahn und  
729 ein wirksamer Artenschutz.

## 730 **11. Energie, Klima, Umwelt, Sauberkeit und Tierschutz**

731

### 732 **Energie**

733 SPD, GRÜNE und FDP wollen als Beitrag für den kommunalen Klimaschutz und zur Einsparung von  
734 Energiekosten innovative Energiekonzepte, die Förderung von regenerativen Energieformen und  
735 dezentrale Energieerzeugung auf dem Stadtgebiet weiterentwickeln.

736 Die EVO wird beauftragt, ihr Investitionskonzept zum Ausbau von dezentralen KWK-Anlagen und des  
737 Fernwärmenetzes unter Prüfung eines technischen Verbunds zwischen den Fernwärmenetzen an  
738 Ruhr/Niederrhein fortzuschreiben.

739 Die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft (Fraunhofer Institut) und Praxis (EVO AG) soll  
740 intensiviert werden, um entsprechende Förderprojekte für Oberhausen zu gewinnen.

741 Die Koalitionsparteien unterstützen Initiativen zur Nutzung von Flächen zur ökologischen  
742 Energieerzeugung, z.B. bei Dachflächen städtischer Gebäude für Fotovoltaik- und Solaranlagen  
743 (mittels Verpachtung durch die OGM).

744 Beratungs- und Informationsangebote für private Bauherren sollen ausgebaut werden, u.a. auf  
745 Grundlage der Oberhausener Solarkartierung.

746 Ziel ist es, nach Möglichkeit den Energieverbrauch bei städtischen Einrichtungen zu senken:

747 • Beauftragung der OGM-Geschäftsführung zur Erstellung eines umfassenden  
748 Energieeinsparungs- und Klimaschutzkonzeptes unter Nutzung der derzeit noch angebotenen  
749 Fördermöglichkeiten des Bundes bis Anfang 2016.

750 • Berücksichtigung und Festschreibung von Möglichkeiten zur Energieeinsparung bei allen  
751 städtischen Bauvorhaben. Bei Baumaßnahmen von Stadt oder OGM wird der Passivhaus-  
752 Standard bzw. eine vergleichbare Energieeffizienz zu Grunde gelegt. Bei Sanierungs- und  
753 umfassenden Umbaumaßnahmen ist dies mindestens bei der Hälfte der Projekte zu  
754 realisieren. Zwingend erforderliche Abweichungen aus technischen oder im Ausnahmefall  
755 auch wirtschaftlichen Gründen sind dem Rat und seinen Ausschüssen ausführlich darzulegen  
756 und zur Entscheidung vorzulegen.

757 • Als Zielvereinbarung wird dabei im NKF-Haushalt und in den Wirtschaftsplänen verankert,  
758 dass städtische Gebäude und Einrichtungen sowie die städtischen Tochtergesellschaften  
759 schnellstmöglich ihren Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien (zertifizierter Ökostrom)

760 unter Berücksichtigung der erforderlichen Wirtschaftlichkeit beziehen. Hierfür sind ggf.  
761 verbindliche Ausschreibungsgemeinschaften mit Kommunen oder Kommunalverbänden zu  
762 bilden, die dies derzeit bereits (wie z.B. LVR) umsetzen oder anstreben.

### 763 ***Klimaschutz und Klimaanpassung***

764 SPD, GRÜNE und FDP tragen nach Auslaufen von Fördergeldern dafür Sorge, dass ein angemessenes  
765 und dauerhaftes Energie- und Klimaschutzmanagement der Stadt Oberhausen mit entsprechenden  
766 Kompetenzen und Möglichkeiten zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes und der  
767 Klimaanpassungsstrategie in einer Zeit-Zielplanung (jährliches Controlling) für die nächsten sechs  
768 Jahre eingesetzt wird.

769 Ein kommunaler Energie-Tisch soll die Bemühungen um den Klimaschutz und die Einsparung von  
770 Energiekosten auf eine gesamtstädtische Basis stellen.

771 Für private Investoren sollen die planerischen Voraussetzungen für den Bau einer  
772 Klimaschuttsiedlung als gutes Beispiel für bezahlbare, energetisch zukunftsweisende Wohnformen,  
773 geschaffen werden.

### 774 ***Umwelt***

775 Die Koalitionsparteien wollen den weiteren Ausbau der Beratungsangebote und die Verbesserung  
776 der Informationen durch die Transparenz der Umweltdaten.

777 Die Umsetzung der zweiten Stufe des Lärmaktionsplans mit aktualisierten Lärmberechnungen und  
778 die Priorisierung von Maßnahmen werden auf den Weg gebracht. Dabei sollen rechtliche Schritte  
779 gegen Lärmverursacher wie die Bahn, falls Lärmschutzmaßnahmen verzögert bzw. nicht eingehalten  
780 werden, geprüft werden. Dasselbe gilt für den Landesbetrieb Straßen bezüglich des Lärmschutzes  
781 z.B. an Autobahnen.

782 Die Feinstaub- und CO<sub>2</sub>-Reduzierung sowie die Klimaanpassung werden durch einen  
783 Maßnahmenkatalog für mehr urbanes Grün in der integrierten Stadtentwicklung, u.a. durch  
784 Fassadenbegrünung , Bepflanzungen (z.B. Alleen-Charakter Mülheimer Straße durch Stadtbäume),  
785 Dachbegrünung und Erweiterung der öffentlichen Grünflächen weiterverfolgt. Des Weiteren setzen  
786 sich SPD, GRÜNE und FDP für eine Erneuerung und Optimierung des Verkehrsrechners zur  
787 Verbesserung des Verkehrsflusses ein.

788 Das Konzept des betrieblichen Mobilitätsmanagements zur CO<sub>2</sub>-Reduzierung soll unter  
789 Berücksichtigung von Kosten fortgesetzt werden. Die Fahrzeugflotte der Stadt und ihrer  
790 Tochtergesellschaften soll langfristig und schrittweise auf CO<sub>2</sub>-neutral angetriebene Elektrofahrräder,  
791 -roller und Elektro-/Hybridautos weit möglichst umgestellt werden. Die zugehörigen elektrischen  
792 Ladestationen sollen dabei konsequent aus erneuerbaren Energiequellen versorgt werden.  
793 Außerdem wollen die Koalitionsparteien die Einführung einer möglichst klimaneutralen Buslinie  
794 (STOAG-Pilotprojekt) prüfen.

795 SPD, GRÜNE und FDP setzen sich für die Sicherung einer verlässlichen und umweltfreundlichen  
796 Abfallwirtschaft ein. Der Ausbau der Angebote zur Müllvermeidung, die konsequente  
797 Wiederverwertung und die umweltverträgliche Entsorgung haben dabei Priorität.



798 Die Möglichkeiten der Ausweitung des Konzepts „gelbe Tonne“ sollen in Anlehnung an aktuelle  
799 landesweite Reformvorhaben (Einführung einer „Wertstofftonne“) überprüft werden. Die  
800 Koalitionsparteien wollen eine Prüfung der Möglichkeit, dass Oberhausen Modellstadt mit einem  
801 Abfallwirtschaftskonzept wird, in dem das bestehende Modell auf zwei Pflicht-Tonnen (trockene und  
802 „nasse“ Tonne) reduziert und das Ziel verfolgt wird, die Recyclingquote zu erhöhen.

803 Das städtische Beschaffungswesen soll auf umweltfreundliche und nachhaltige Materialien (100%-  
804 Recycling-Papier etc.) unter Berücksichtigung der Kosten umgesetzt werden.

### 805 **Sauberkeit**

806 Für SPD, GRÜNE und FDP ist ein sauberes Stadtbild wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität der  
807 Bürger/-innen.

808 Die Koalitionsparteien wollen eine verstärkte nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit zum Thema  
809 Sauberkeit, insbesondere in KITAS und Schulen. Der Einsatz von Schildern und Transparenten zum  
810 Thema Sauberkeit ist zu prüfen, ebenso die Aktivierung und Intensivierung von  
811 ordnungsbehördlichen Maßnahmen und die Kontrolle und Ahndung von Verstößen.

812 Zur Verbesserung der Sauberkeit sollen eine Überprüfung der Abfallbehälter-Standorte erfolgen und  
813 probeweise Behälter für Hundekotmäntel an besonders belasteten und sensiblen Stellen aufgestellt  
814 werden.

815 Die Werbung zur gemeinschaftlichen Mitarbeit bei der Beseitigung von Müll ist ebenso Bestandteil  
816 der Maßnahmen wie die Beteiligung an Aktionen wie „Super Sauber Oberhausen“.

817 SPD, GRÜNE und FDP fordern ein gemeinsames und abgestimmtes Handeln von Stadt, WBO und  
818 OGM als städtische Gesellschaften zur Steigerung der Reinigungsqualität. Sofortiges Eingreifen bei  
819 Sauberkeitsmaßnahmen soll auch dann erfolgen, wenn formal die Zuständigkeit einer anderen  
820 Stadttochter gegeben ist, ggf. durch Abschluss gegenseitiger Vereinbarungen.

821 Im Zuge der Zusammenarbeit mit der Arbeits- und Sozialverwaltung sowie Einrichtungen wie z.B.  
822 ZAQ e.V. soll der Einsatz zusätzlicher Personalkapazitäten geprüft werden.

### 823 **Tierschutz**

824 Die Parks und innerstädtischen Grünanlagen Volkspark Sterkrade, Kaisergarten, Volksgarten  
825 Osterfeld und Ruhrpark bleiben bzw. werden befriedete Bezirke. Die Populationen werden durch  
826 alternative Mittel reguliert.

827 Taubenhäuser sind ein Mittel zur tierschutzkonformen Populationsregulierung und Verbesserung des  
828 Stadtbildes. Bürgerschaftliches Engagement ehrenamtlicher Initiativen soll mit dem Ziel der  
829 Errichtung weiterer Taubenhäuser z.B. durch Bereitstellung geeigneter Flächen auf öffentlichen  
830 Gebäuden unterstützt und die Kotentsorgung durch die WBO ermöglicht werden.

831 Eine Feststellung der Identität von im Straßenverkehr getöteten Tieren durch die WBO (durch  
832 Auslesen von Tätowierungen und Chips) und kostenlose Benachrichtigung ihrer Halter/-innen ist  
833 kurzfristig umzusetzen.

## 834 12. Kultur

835

836 Kurzfilmtage, Ludwiggalerie Schloss Oberhausen, die neu konzeptionierte Gedenkhalle, Theater  
837 Oberhausen und Gasometer haben überregionale und internationale Beachtung gefunden und sind  
838 wichtige Botschafter für Oberhausen. Musikschule, Malschule sowie VHS und Stadtbibliothek leisten  
839 eine überaus erfolgreiche Kulturarbeit. Die soziokulturellen Einrichtungen wie z.B. Ruhrwerkstatt,  
840 Druckluft und Zentrum Altenberg leisten wie andere private Angebote (beispielsweise Ebertbad,  
841 Niebuhr oder Kleinstädter Bühne) hervorragende Arbeit mit viel ehrenamtlichem Engagement und  
842 relativ geringem Einsatz öffentlicher Mittel.

843 Dazu gehören auch die zahlreichen Chöre und Vereine, die das Oberhausener Musikleben nachhaltig  
844 gestalten. Das Rheinische Industriemuseum des LVR am Standort Altenberg ist ein überaus  
845 gelungenes Beispiel für die gute Zusammenarbeit mit überörtlichen Trägern.

846 Diese reichhaltige Kulturszene werden SPD, GRÜNE und FDP in ihrer Vielfalt erhalten, absichern und  
847 – wenn möglich bzw. dringend nötig – ausbauen. Das gilt ebenfalls für die Kulturfördervereine.

848 Möglichkeiten für eine interkommunale Zusammenarbeit im Kulturbereich sollen forciert identifiziert  
849 und unterstützt werden. Dabei sehen SPD, GRÜNE und FDP den interkommunalen Ansatz nicht als  
850 Instrument der Angebotsreduzierung, sondern als Chance, zusätzliche Angebote zu realisieren.

851 Die wachsende Kreativwirtschaft und die sich entwickelnden kreativen Netzwerke stellen nicht nur  
852 für die Innenstadt, sondern für die Kulturszene insgesamt eine Bereicherung dar und werden von  
853 SPD, GRÜNEN und FDP unterstützt.

854 Das Ziel einer „Kultur für alle“ werden SPD, GRÜNE und FDP weiter verfolgen und sich für  
855 niederschwellige Kulturangebote einsetzen. Besondere Ermäßigungen im Rahmen des „Oberhausen  
856 Passes“ sowie besondere Kulturaktionen wie z.B. Tanzprojekte können dazu ihren Beitrag leisten.

857 Die erfolgreiche Arbeit der Kulturschulen ermöglicht eine frühzeitige Kooperation zwischen Schule  
858 und Kultur. Die Koalitionsparteien setzen sich für einen weiteren Ausbau dieses Projektes ein.

859 Im Rahmen eines Schülerwettbewerbs wollen SPD, GRÜNE und FDP eine neue Publikation von „Kunst  
860 im öffentlichen Raum“ ermöglichen.

## 861 13. Sport

862

863 Die weitere Verbesserung der Sportinfrastruktur ist das generelle Ziel für die Sportentwicklung in den  
864 nächsten sechs Jahren.

865 Die erfolgreiche Umsetzung des Sportstättenentwicklungskonzeptes und des Bäderkonzeptes sind  
866 die Grundlage für die nächsten Entwicklungsschritte. Dazu gehört die Erstellung einer  
867 Sporthallenentwicklungsplanung, mit der eine Optimierung des Hallenangebotes unter der  
868 Berücksichtigung einer geänderten Nachfragesituation angestrebt wird.

869 In enger Kooperation mit dem Stadtsportbund, den Oberhausener Vereinen und den Oberhausener  
870 Schulen wollen SPD, GRÜNE und FDP insbesondere auch die Bedarfe des Breiten- und Schulsports als  
871 wesentliche Angebotsbestandteile bei der weiteren Sportstättenplanung berücksichtigen.

872 Bei der Fortführung der Sportstättenplanung sind bei den Sanierungsplanungen energiesparende  
873 Maßnahmen zu berücksichtigen.

874 Zur Planungssicherheit der beteiligten Vereine ist ein möglichst konkreter Zeitplan für die  
875 Umsetzungsmaßnahmen zu entwickeln.

876 Die Vermittlung von Werten wie Fairness, Toleranz und Respekt halten SPD, GRÜNE und FDP für  
877 einen unverzichtbaren Bestandteil der Arbeit der Sportvereine. Deswegen werden SPD, GRÜNE und  
878 FDP Projekte besonders unterstützen, die sich für Inklusion im Sport und gegen Rassismus,  
879 Extremismus, Diskriminierung und Gewalt einsetzen.

## 880 **14. Ehrenamt**

881

882 SPD, GRÜNE und FDP wollen die Unterstützung ehrenamtlich tätiger Menschen weiter ausbauen.  
883 Ehrenamtliches Engagement trägt wesentlich zum Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft bei. Die  
884 Initiativen des Büros für Chancengleichheit, sowie die Einführung der Ehrenamtskarte sind deshalb  
885 nicht nur zu erhalten, sondern weiterzuentwickeln und auszubauen.

## 886 **15. Bürgerbeteiligung**

887

888 SPD, GRÜNE und FDP verständigen sich auf folgende Aussagen:

- 889 • Bürger/-innenbeteiligung erfordert eine ernste Bereitschaft von Bürger/-innen, Politik und  
890 Verwaltung. Sie darf kein zeitlich befristetes Projekt sein, sondern muss zum  
891 selbstverständlich gelebten Bestandteil politischen und verwaltungsmäßigen Handelns  
892 werden. Dazu bedarf es personeller und finanzieller Ressourcen.
- 893 • Repräsentative Demokratie lässt viel Raum für die Schaffung von mehr und besserer Bürger/-  
894 innenbeteiligung. Dazu müssen keine Gesetze geändert werden.
- 895 • Bürger/-innenbeteiligung an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen soll dazu  
896 beitragen, das Vertrauen zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zu verbessern,  
897 Entscheidungsprozesse mit mehr Qualität und Akzeptanz zu füllen und eine  
898 Beteiligungskultur zu entwickeln.
- 899 • Sie muss über die Information zur Diskussion und letztendlich zur qualifizierten  
900 Mitbestimmung und Mitgestaltung führen. Beteiligungsprojekte werden dann auf großes  
901 Interesse stoßen, wenn das betreffende Thema ansprechend und konkret ist und einen  
902 direkten Bezug zum Leben der beteiligten Bürger/-innen hat.
- 903 • Beteiligung muss gewollt sein. SPD, GRÜNE und FDP bekennen sich dazu, Bürger/-  
904 innenbeteiligung in Oberhausen möglichst zeitnah einen neuen, umfassenderen und  
905 verbindlicheren Rahmen zu geben.

- 906 • In Oberhausen findet Beteiligung bereits in vielen Bereichen statt. Was jedoch noch nicht  
907 umgesetzt ist, ist ein systematisiertes Vorgehen. Vieles hängt oftmals von der jeweiligen  
908 Besetzung innerhalb der Verwaltung ab. Es lässt sich oft nicht klar erkennen, warum bei dem  
909 einen Projekt Beteiligung stattfindet und bei einem anderen nicht. Es gibt keinen  
910 organisierten Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen den Ressorts, keine zentralen  
911 Ansprechpartner für Bürger/-innenbeteiligung.
- 912 • Daher soll eine systematische Bürger/-innenbeteiligung institutionalisiert und ein  
913 verbindliches, durchgängiges und transparentes Verfahren für Beteiligungsprozesse bei allen  
914 wichtigen kommunalen Vorhaben oder Projekten von Anfang an etabliert werden. Grundlage  
915 dafür soll ein klares Arbeits- und Regelwerk (Beteiligungsleitfaden) für die informelle  
916 Beteiligung sein, das Richtschnur für die Kommunikation von Verwaltung und Politik mit den  
917 Bürger/-innen ist.
- 918 • Die Koalitionsparteien werden daher zeitnah einen Antrag in den Rat der Stadt einbringen,  
919 mit dem sie die Verwaltung beauftragen, einen Arbeitskreis zur „Entwicklung von Leitlinien  
920 für die systematische Bürger/-innenbeteiligung in Oberhausen“ einzurichten. Damit möchten  
921 sie einen Prozess initiieren, der schon bei der Ausarbeitung des Regelwerks Beteiligung  
922 vorsieht. Daher soll der Arbeitskreis ausgeglichen mit Vertreter/-innen der Bürgerschaft, des  
923 Stadtrats und der Verwaltung besetzt und extern moderiert von  
924 professioneller/wissenschaftlicher Seite begleitet werden. Bevor die dort entwickelten  
925 gemeinsamen Leitlinien endgültig verabschiedet werden, sollen sie intensiv mit den  
926 Bürgerinnen und Bürgern diskutiert sowie Anregungen und Kommentare aufgenommen  
927 werden.

928

929 Folgende Aspekte möchten die Koalitionsparteien unter anderem in den Erarbeitungsprozess  
930 einbringen:

931

- 932 • Mögliche Felder von Bürger/-innenbeteiligung setzen in der Regel eine unmittelbare und  
933 gewichtige Betroffenheit der Beteiligten voraus. Der Katalog muss immer offen für weitere  
934 Themen sein.
- 935 • Entscheidend ist die frühzeitige Information der Öffentlichkeit über anstehende Planungen  
936 der Stadtverwaltung, z.B. durch eine Vorhabenliste, welche einen Überblick über aktuelle  
937 Planungsvorhaben gibt und in geeigneter Weise veröffentlicht wird.
- 938 • Bürger/-innen sollen selbst initiativ werden und nach zu vereinbarenden Kriterien Projekte  
939 für eine Bürger/-innenbeteiligung vorschlagen können.
- 940 • Durch ein transparentes Rückmeldesystem erfahren die Beteiligten, was aus ihren  
941 Vorschlägen wurde und aus welchen Gründen die dann getroffene Entscheidung zu Stande  
942 kam.
- 943 • Die Beteiligungsprojekte sollen regelmäßig auf ihre Wirksamkeit überprüft werden.
- 944 • Für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind geeignete Beteiligungsformen zu  
945 entwickeln. Dem Jugendparlament soll hierbei eine besondere Rolle zukommen.
- 946 • Zu einer künftigen Beteiligungskultur gehört auch die Erwartung an den/die  
947 Oberbürgermeister/-in und die städt. Beigeordneten/-innen mindestens zweimal in jedem  
948 Jahr in den 3 Oberhausener Stadtteilen den Bürger/-innen für aktuelle Themen zur  
949 Erörterung zur Verfügung zu stehen.

950 Die Koalitionsparteien werden sich mit den Chancen und Risiken des Beteiligungsprozesses  
951 auseinander setzen. Sie sind überzeugt davon, dass die Chancen wie Entscheidungshilfe, höhere  
952 Akzeptanz, bessere Lösungen, Gradmesser für Bürger/-innenmeinungen, Vertrauenszuwachs und  
953 Imageverbesserung bei weitem die Risiken wie Verzögerung von Prozessen, hoher Aufwand,  
954 Überwiegen von Einzelinteressen und Kontrollverlust übersteigen.

955  
956 Nach Überzeugung der Koalitionsparteien sind Online-Services für Bürger/-innen zu optimieren und  
957 weiterzuentwickeln.

## 958 **16. Inklusion, Gender, Integration und Rechtsextremismus**

959

### 960 ***Inklusion***

961 SPD, GRÜNE und FDP wollen den gesellschaftlichen Inklusionsprozess mit allen Akteuren begleiten  
962 und gestalten. Kleinteilige Sofortmaßnahmen werden auch während der Erstellungsphase des  
963 kommunalen Inklusionsplans umgesetzt, hierzu gehört beispielsweise der (eingeschränkt)  
964 barrierefreie Zugang zu städtischen Verwaltungsgebäuden.

965 Der kommunale Inklusionsplan soll konsequent umgesetzt und stetig überprüft und fortgeschrieben  
966 werden. Die Koalitionsparteien werden die dafür notwendigen personellen und finanziellen  
967 Ressourcen bereitstellen.

968 Im Rahmen der städtischen Bauberatung werden SPD, GRÜNE und FDP ein Beratungsangebot zur  
969 barrierefreien Ausgestaltung von privaten Bauvorhaben und Umbaumaßnahmen schaffen. Dies  
970 schließt die Begehung gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen ein.

971 Die uneingeschränkte Barrierefreiheit aller städtischen Veranstaltungen ist das langfristige Ziel von  
972 SPD, GRÜNEN und FDP. Bis dahin werden geeignete Behelfsmaßnahmen ergriffen, wie z.B. die  
973 Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetscher/-innen bei Ratssitzungen nach vorheriger  
974 Anmeldung Betroffener.

### 975 ***Gender***

976 SPD, GRÜNE und FDP werden einen Gleichstellungsausschuss einrichten, der sich mit allen  
977 Genderbereichen beschäftigt, kommunale Vorlagen und Vorhaben auf Geschlechtergerechtigkeit  
978 überprüft, eigene Initiativen einbringt und die Gleichstellungsstelle in ihrer Arbeit unterstützt.

979 Um den Frauenförderplan als wirksames Instrument der Förderung von Frauenbelangen zu stärken,  
980 werden die Koalitionsparteien auf die Formulierung verbindlicher Ziele und deren Umsetzung  
981 hinwirken.

982 SPD, GRÜNE und FDP wollen ein Gender-Budgeting zur transparenten Darstellung von  
983 Geschlechtergerechtigkeit bei kommunalen Ausgaben und Einsparungen im Rahmen der  
984 Zielvereinbarungen und Kennzahlen des NKF installieren.

985 Die Koalitionsparteien streben eine kontinuierliche Erhöhung des Frauenanteils in  
986 Führungspositionen der höheren Hierarchieebenen in der Stadtverwaltung und den städtischen  
987 Beteiligungsgesellschaften sowie in Aufsichtsräten an.

988 Das im Rahmen von Competentia MEO eingerichtete Netzwerk für Gründerinnen und  
989 Unternehmerinnen soll evaluiert und bei positivem Ergebnis verstetigt werden.

990 Die ausreichende Finanzierung der Beratungsstelle „Frauen helfen Frauen“ und des Frauenhauses  
991 wird sichergestellt.

992 Die Vernetzung von Akteuren der Stadtverwaltung, der Polizei und der Sozialverbände zur  
993 Unterstützung von „Solwodi e.V.“ in den Aufgaben der gesundheitlichen Aufklärung für Prostituierte  
994 und der Bekämpfung von Zwangsprostitution sowie des Menschenhandels soll weiter forciert  
995 werden. Zu diesem Zweck werden sich SPD, GRÜNE und FDP aktiv am „Runden Tisch Prostitution“  
996 beteiligen.

997 SPD, GRÜNE und FDP wollen gezielte Beratungsangebote schaffen und unterstützen, die Angebote  
998 insbesondere für Migrantinnen machen, zur Aufklärung über persönliche Rechte, Steigerung von  
999 Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit sowie Ächtung von häuslicher Gewalt, Zwangsverheiratung und  
1000 Genitalverstümmelung.

#### 1001 **Integration**

1002 Auf Grundlage des Landesintegrationsgesetzes werden SPD, GRÜNE und FDP die  
1003 Integrationsaufgaben des Büros für Chancengleichheit mit dem Kommunalen Integrationszentrum  
1004 verzahnen und eine effektive Koordinierung und Steuerung gewährleisten.

1005 Das kommunale Integrationskonzept wird unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, freien  
1006 Trägern und Einrichtungen, insbesondere die Migrantenselbstorganisationen, weiter  
1007 fortgeschrieben.

1008 Die Migrantenselbstorganisationen, kommunale Stellen und freie Träger sollen auch künftig inhaltlich  
1009 abgestimmt miteinander arbeiten.

1010 SPD, GRÜNE und FDP fördern die Erhöhung des Anteils von Mitarbeiter/-innen mit  
1011 Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung und den städtischen Beteiligungsgesellschaften und  
1012 die Schulung interkultureller Kompetenzen des bestehenden Personals.

1013 Die Vielzahl von Menschen aus Nicht-EU-Ländern trägt, wie EU-Ausländer/-innen und Deutsche auch,  
1014 aktiv zum gesellschaftlichen Miteinander in unserer Stadt bei. Trotzdem bleibt ihnen die Teilnahme  
1015 an den Kommunalwahlen und somit an einem substanziellen Akt unserer Demokratie verwehrt.  
1016 Deshalb werden SPD, GRÜNE und FDP die Landesregierung auffordern, das kommunale Wahlrecht  
1017 auch für Menschen aus Drittstaaten einzuführen. Zusätzlich werden sie die weitere Qualifizierung  
1018 und Unterstützung des örtlichen Integrationsrates als wichtigstes Mitbestimmungsorgan  
1019 kommunaler Integrationspolitik sicherstellen.

1020 In der Flüchtlingspolitik gilt für die Koalitionsparteien weiterhin der Grundsatz der dezentralen  
1021 Unterbringung.

1022 Mit dem Ziel einer kultursensiblen Ausrichtung von Institutionen der Regelversorgung im  
1023 Gesundheitswesen und der Pflege, wollen SPD, GRÜNE und FDP in diesen Bereichen tätige Menschen  
1024 ermutigen, an entsprechenden städtischen Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Um der  
1025 städtischen Vorbildfunktion gerecht zu werden, soll in den Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen  
1026 ein modellhaftes Konzept zu einer dementsprechenden Angebotsstruktur entwickelt werden.  
1027 Darüber hinaus fördern die Koalitionsparteien die Ausbildung von Menschen mit  
1028 Migrationshintergrund in Pflegeberufen, um den besonderen Bedarfen von pflegebedürftigen  
1029 Migranten/-innen gerecht zu werden.

1030 Ein steigender Bedarf an seniorengerechten Wohnformen gilt auch für die Gruppe der Menschen mit  
1031 Migrationshintergrund. Deshalb wollen die Koalitionsparteien weiter Projekte nach dem Vorbild des  
1032 experimentellen Wohnens auf dem Tackenberg anstoßen.

### 1033 ***Rechtsextremismus***

1034 Die Aufrechterhaltung der Erinnerungskultur in Deutschland ist auch in Oberhausen wichtig. Daher  
1035 werden SPD, GRÜNE und FDP weiterhin Orte des Erinnerns, wie etwa die Gedenkhalle im Schloss  
1036 Oberhausen, erhalten und pflegen.

1037 Alle Bildungseinrichtungen müssen neben der historischen und politischen Bildung auch Aufklärung  
1038 gegen Rechts und jegliche Form von Extremismus betreiben. Respekt vor der menschlichen Würde  
1039 und die Vermittlung demokratischer Werte werden so frühzeitig erlernt.

1040 SPD, GRÜNE und FDP unterstützen das „Antifaschistische Bündnis Oberhausen für Toleranz und  
1041 Demokratie“ und andere Aktivitäten und Projekte der politischen Aufklärung und Bildung, denn  
1042 Rechtsextremismus und Intoleranz haben in Oberhausen keinen Platz.

1043 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund müssen weiterhin konsequent im vollen Rahmen der  
1044 gesetzlichen Möglichkeiten verfolgt und sanktioniert werden. Hierfür wollen SPD, GRÜNE und FDP  
1045 alle damit betrauten Personen und Institutionen in unserer Stadt sensibilisieren. Der präventive Rat  
1046 ist hier das zentrale Gremium mit Vernetzungsfunktion vor Ort.

## 1047 **17. Stadtverwaltung und Beteiligungsgesellschaften**

1048

1049 SPD, GRÜNE und FDP werden die Verwaltung beauftragen, ein Personalentwicklungskonzept  
1050 vorzulegen, das die Aspekte Aufgabenkritik unter Berücksichtigung von Arbeitszeitmodellen,  
1051 Weiterbildung und Förderung, Kinderbetreuung, Heimarbeit, Frauenförderung und bedarfsgerechte  
1052 Versetzungen in der Stadtverwaltung umfasst. Das Flächen- und Immobilienmanagement soll in  
1053 diesem Zusammenhang als strategisches Steuerungsinstrument mit einbezogen werden und  
1054 entsprechende Aufgaben- und Tätigkeitsbeschreibungen umfassen. Die gesetzlichen Vorgaben des  
1055 Personalvertretungsrechts sind dabei zu beachten, dürfen aber keine unnötigen Hürden für erste  
1056 Vorschläge darstellen.

1057 Als ein Bestandteil für transparentes Entscheiden und Handeln von Politik und Verwaltung vor Ort ist  
1058 eine kurzfristige Erarbeitung einer funktionierenden Allris-Lösung unabdingbar. Nur so wird allen

1059 Bürgern/-innen, Mandatsträgern/-innen und Verwaltungsmitarbeitern/-innen ein ungehinderter  
1060 Zugriff auf Vorlagen und Anträge im Zeitalter des Internets problemlos ermöglicht. Vor diesem  
1061 Erfahrungshintergrund muss die Perspektive von papierlosen bzw. papierreduzierten  
1062 Beratungsabläufen in Politik und Verwaltung bewertet werden.

1063 Darüber hinaus soll die Übertragung von Ratssitzungen ins Internet im Rahmen des Digitalen Bürger/-  
1064 innenservices in Zukunft sichergestellt werden.